

Der VIII. Parteitag der SED hat für alle Bereiche unserer Gesellschaft die neuen und großen Aufgaben beraten und beschlossen, die für die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in den nächsten fünf Jahren in gemeinsamer Arbeit von allen Werktätigen der DDR zu lösen sind. Der Parteitag hat dabei auch die Aufgaben der Militärpolitik und ihre Bedeutung als Bestandteil der Gesamtpolitik der SED für die allseitige Stärkung der DDR herausgearbeitet.

Grundlage der Militärpolitik der SED war und ist die für die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau allgemeingültige Gesetzmäßigkeit des Schutzes der Erregungsschichten des Sozialismus gegen die Angriffe äußerer und innerer Feinde.¹⁾ Sie ergibt sich aus den vorausschauend und langfristig zu wertenden Bedingungen des Klassenkampfes zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie, Sozialismus und Kapitalismus in unserer Epoche. Die wichtigsten (allgemeingültigen) Bedingungen des Klassenkampfes sind:

1. Seitdem der Imperialismus entstanden ist, wirkt das Gesetz der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus. Infolgedessen reifen die objektiven und subjektiven Voraussetzungen der sozialistischen Revolution nicht überall gleichzeitig und gleichmäßig heran; sie steigt nicht gleichzeitig in allen kapitalistischen Ländern. Neben den sozialistischen Ländern bleiben für eine ganze Epoche kapitalistische Staaten bestehen. „Das muß nicht nur Reibungen, sondern auch direktes Streben der Bourgeoisie anderer Länder erzeugen, das die große Proletariat des sozialistischen Staates zu zerschneiden.“²⁾

2. Zu diesen politischen Klassenkampfbedingungen kommen noch militärische hinzu. Alle imperialistischen Staaten verfügen über zahlenmäßig starke, (heute) voll motorisierte und daher sehr bewegliche, massenhaft mit Maschinen- und Massenvernichtungsmitteln ausgerüstete und modern ausgebildete einsatzfähige reguläre Armeen sowie auch über entsprechend ausgebildete Reservisten. Und so behalten die Ausbeuter unverändert die Hoffnung auf eine Restauration und diese Hoffnung verwandelt sich in Versuche der Restauration, solange die historische Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus nicht abgeschlossen ist.³⁾

Einheit von nationaler und internationaler Verantwortung

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und seitdem die gesamte Weltrevolutionäre Entwicklung haben Lenins Erkenntnisse und Behauptungen glänzend bestätigt, daß die Revolution in der Lage sein muß, sich bewaffnet gegen jede Form imperialistischer Intervention und Aggression zu verteidigen. Darin besteht eine entscheidende Voraussetzung der Existenz des Sozialismus und des Fortgangs des weltrevolutionären Prozesses.

Für die SED ist charakteristisch, daß sie den Schutz des Sozialismus von vornherein als Einheit von nationaler Verantwortung und internationaler Pflichterfüllung durchgeföhrt hat und durchführt.

Die Landesverteidigung ist für uns eine Sache des revolutionären Klassenkampfes der Arbeiterklasse in jedem einzelnen Land und des Zusammenwirkens der Arbeiterklasse aller Länder.
Karl Liebknecht

SOZIALISTISCHE MILITÄRPOLITIK für den Schutz unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht

Von Dr. Karlhans Treiber

Die in der Politik der SED praktisch verwirklichte Übereinstimmung der unteilbaren nationalen und internationalen Aufgaben, verbunden mit ideologischer Überzeugung des Volkes, führte in der Bevölkerung unseres Landes zur Herausbildung eines klassenmäßigen Freund-Feind-Bildes, ohne das man im Klassenkampf weder zielstrebig kämpfen noch siegen kann. Es basiert auf der begründeten Überzeugung: Vor allem die Sowjetunion und die Völker der anderen sozialistischen Staaten sind Freund und Kampf um gemeinsame strategische Ziele; Klassenbrüder sind Waffenbrüder. Der westdeutsche Imperialismus ist dagegen der Hauptfeind des Sozialismus und des Friedens in Europa.

Da die Partei in Durchführung ihrer Gesamt- und Militärpolitik von internationalistischen Positionen ausging und ausgeht, erwies und erweist sie sich als fähig, weit vorausschauend und rechtzeitig, den Maßnahmen des Gegners zuvorkommend, die erforderlichen Aufgaben zu lösen; nie konnte uns der Gegner das Gesetz des Handelns aufzwingen.

Ein anschaulicher Beweis

Das zeigte sich unter anderem besonders anschaulich in den Tagen des August 1961. Damals hat die NVA gemeinsam mit Einheiten der Volkspolizei und Kampfgruppen, unterstützt von sowjetischen Truppen, den Imperialisten den Weg in die DDR verjagt und den Weltfrieden gerettet.

Die Sicherung der Unantastbarkeit unserer Grenzen hat wesentlich zur Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses beigetragen, und sie hat sich auch wirtschaftlich gelohnt, wie der Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, auf dem VIII. Parteitag feststellte.⁴⁾

Wie es in den Dokumenten des VIII. Parteitages heißt, hat die SED gemeinsam mit der KPdSU und anderen Bruderparteien „große Anstrengungen unternommen, um die militärische Organisation und Schlagkraft unseres Verteidigungsbündnisses zu vervollkommen, die Gefechts- und Mobilisierungsbereitschaft ständig zu erhöhen.“⁵⁾ „Auch künftig wird die Vervollkommenung der Landesverteidigung und unser Beitrag zur Stärkung der Verteidigungsbereitschaft der sozialistischen

Staatengemeinschaft zu den wichtigsten Aufgaben der Partei und ihres Zentralkomitees gehören.“⁶⁾

Unsere militärpolitische Konzeption entspricht den Entwicklungsbedingungen

Die vom Parteitag festgelegte militärpolitische Konzeption ist die kontinuierliche Fortsetzung der erfolgreichen Militärpolitik der SED entsprechend der neuen Entwicklungsphase der DDR und der sozialistischen Staatengemeinschaft sowie der prognostisch gewerteten Klassenkampfbedingungen der 70er Jahre. Sie hat das Ziel, die erlangene militärische Überlegenheit der sozialistischen Staatengemeinschaft über den Imperialismus zu festigen und auszubauen, um die günstigsten außenpolitischen Bedingungen für die Lösung der neuen Aufgaben zu erhalten.

Infolge des zugunsten des Sozialismus veränderten Kräfteverhältnisses ist die imperialistische Konzeption des Frontalangriffs gegen den Sozialismus gescheitert. Im Bestreben, sich dem neuen Kräfteverhältnis anzupassen, betreiben besonders die USA und die BRD ein „Wechselspiel von Brückenkopfdiplomatie und Schaffung harter militärischer Tatsachen.“⁷⁾

Bekannt ist, daß die Sowjetunion und die VR Polen mit der BRD Verträge unterzeichnet haben, deren Ratifizierung und Einhaltung seitens Westdeutschlands die Probleme der europäischen Sicherheit lösbar machen könnte. Nehmen wir dazu die militärischen Fakten.

Zahlen und Fakten über die Stellung der Bundeswehr in der NATO

Auf der Grundlage des Sonderbündnisses zwischen Bonn und Washington ist die Bundeswehr unter sozialdemokratischer Regierung in den letzten zwei Jahren – mit ihren 467 000 Mann und 171 000 Zivilbeschäftigten – zur stärksten, am besten ausgerüsteten und ausgebildeten imperialistischen Militärmacht in Europa geworden. Der Einfluß der westdeutschen Imperialisten und Militaristen auf die NATO hat sich wesentlich erhöht. In den NATO-Stäben sind 40 Prozent der

Offiziere vom Major bis zum General Angehörige der Bundeswehr. Mit General Jürgen Bennecke, dem Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte Europa-Mitte, besitzen die westdeutschen Imperialisten eine militärische Schlüsselstellung in der NATO. Allein die Bundeswehrmacht und die 7. USA-Feldarmee umfassen 71 Prozent der Landtruppen der Hauptgruppierung der NATO. In seiner Funktion unterstehen Bennecke von 12 westdeutschen Heeresdivisionen 11, die 7. USA-Feldarmee, die britische Rheinarmee, ein belgisches und ein niederländisches Korps sowie die in der 2. und 4. ATAF vereinigten Luftstreitkräfte dieser Länder. Nur allzu verständlich ist es daher, daß die westdeutschen Imperialisten, vertreten durch die Brandt/Scheel-Regierung, auf einer uneingeschränkten Präsenz ausländischer Truppen in der BRD bestehen. Mit der Ernennung des Bundeswehrgeneralis Johannes Steinhoff, ehemals Nazioberst und zeitweiliger Bonner Luftwaffeninspekteur, zum Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses wurde die höchste militärische Funktion der NATO einem westdeutschen Militaristen übertragen. Die Möglichkeiten des Imperialismus in der BRD, das europäische Potential der NATO verstärkt für seine aggressiven Ziele zu nutzen, sind damit gewachsen.

Nicht zu übersehen ist, daß die Konzentration des Kapitals in den Händen weniger Superkonzerne in der BRD sprunghaft zugenommen hat und ein starker militärisch-industrieller Komplex – die Verschmelzung der Macht und der Interessen der Rüstungsmonopole und Banken mit der Militärdiktatur der Bundeswehr und dem Staatsapparat – entstanden ist. Durch diese Prozesse in der ökonomischen Basis und in der Herrschaftsstruktur wird die gegenwärtige Grundrichtung der Politik des westdeutschen imperialistischen Staates bestimmt.⁸⁾

Die Bundeswehr wurde und wird mit moderneren und leistungsfähigeren Waffen und Geräten ausgerüstet. So mit dem Kampfpanzer „Leopard“ I und II, dem SPW „Marder“, mit aus den USA gekauften „Phantom“-Jagdbombern. Der Minister für Nationale Verteidigung der DDR schätzt ein, daß die Bundeswehr bereits heute und in den kommenden Jahren verstärkt in allen Teilstreitkräften über moderne Waffensysteme (verfügt), die es ihr gestatten, überraschende Aggressionshandlungen in den verschiedensten Varianten zu führen.⁹⁾

Die Möglichkeiten zu militärischer, antikommunistischer Massenmanipulation innerhalb und außerhalb der Bundeswehr sind weiter perfektioniert worden. 1962 wurde bereits in politischen Materialien für die Bundeswehr aus der Tatsache, daß die Nationale Volksarmee klassenmäßig zum Kampf gegen den Imperialismus erzogen wird, der Schluß gezogen, die Nationale Volksarmee „stellt sich damit außerhalb der Gesetze der Menschlichkeit und Ritterlichkeit, die auch im Kriege Geltung haben.“¹⁰⁾ Mit anderen Worten: Die Bundeswehrangehörigen sollen zu einer Einstellung veranlaßt werden, im Falle eines Krieges im sozialistischen Soldaten einen außerhalb des Völker- und Kriegsrechts stehenden zu sehen. Diese Haltung ist Grundsteinstellung der Mehrheit der Soldaten der westdeutschen Armee. Dazu einige Äußerungen.

Manipulierte Meinungen von Bundeswehrangehörigen

Ein Gefreiter aus dem Versorgungsbattalion 26: „Feind Nummer eins ist die NVA.“ Ein Soldat aus dem Pionierbattalion 347: „Die Mehrheit unserer Kompanie ist für die Befreiung der Zone. Sie würde ohne zu fragen auf die NVA schießen. Das sind zwar auch Deutsche, aber nur Kommunisten.“ Ein Oberfeldwebel aus dem Panzergrenadierbattalion 163: „Der ganze Streit um die Anerkennung der Ostzone ist überflüssig, ebenso um die Oder-Neiße-Grenze. Eine militärische Aktion würde das ganze Problem im Handumdrehen lösen.“ Für den hohen Grad der Aggressionsbereitschaft der Bundeswehrangehörigen zeugt auch die Tatsache, daß von den 320 000 Soldaten im Mannschafsdienst sind etwa 100 000 Soldaten auf Zeit, d. h. Freiwillige, sind.

Verschiedene in letzter Zeit durchgeführte Meinungsumfragen weisen aus, daß die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung den Zielen der Bonner Außen- und Militärpolitik nicht einmal gedanklich Widerstand entsetzt, sondern ihr zustimmt und sich häufig mit ihr identifiziert. So waren bei einer Befragung von 1800 Menschen 93 Prozent der Auffassung, „daß man Westberlin als einen Teil der Bundesrepublik betrachten soll“. Die Frage, „ob die Bundesrepublik abrüsten soll, damit wenigstens ein Staat den Anfang macht“, bejahten nur 30 Prozent. Und die Frage, ob „die Bundeswehr

stark genug sein soll, um die BRD allein verteidigen zu können“, beantworteten 51 Prozent positiv.¹¹⁾

Schätzt man den gegenwärtigen Entwicklungsstand der Bundeswehr ein, sowie das, was unter sozialdemokratischer Regierung in den letzten zwei Jahren zur Erhöhung der Aggressionskraft der Bundeswehr und zur durchgängigen Militarisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens in der BRD getan wurde und noch getan werden soll, so ergibt sich: Es hat in der BRD keine Regierung gegeben, die mit solcher Intensität, mit einem so hohen politisch-ideologischen, materiellen und finanziellen Aufwand wie die derzeitige SPD/FDP-Regierung den Aufbau der Streitkräfte forcierte und alle wichtigen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens den aggressiven militärischen Erfordernissen unterordnete.

Wie der Schutz des Sozialismus gewährleistet wird

Angesichts dessen bleibt kein Raum für irgendwelche Illusionen gegenüber dieser Regierung, folgend der VIII. Parteitag. Die revolutionäre Wachsamkeit „muß auf die sich verändernden, immer gefährlicheren Methoden des Klassenkampfes des Imperialismus und auf die verschiedenen Varianten gerichtet werden, die der Feind zur Entfesselung und Führung einer Aggression entwickelt.“¹²⁾

Um die Vorzüge des Sozialismus auch effektiv für die Landesverteidigung wirksam zu machen, sind die „Aufgaben zur eisernen Sicherstellung der Belange der Landesverteidigung und der inneren Sicherheit und Ordnung der DDR... in Durchführung des Fünfjahresplanes 1971 bis 1975... als fester Bestandteil in die wissenschaftliche Führungstätigkeit der Staats- und Wirtschaftsorgane einzubeziehen.“¹³⁾ Dies gilt im nationalen Maßstab der DDR wie international für die sozialistische Staatengemeinschaft. Die Notwendigkeit dazu ergibt sich aus der Tatsache, daß nur auf diesem Wege der Schutz des Sozialismus gewährleistet werden kann.

Rund 90 Prozent aller Ergebnisse von Wissenschaft und Technik können dem modernen Militärwesen nutzbar gemacht werden. Und Berechnungen besagen, daß für die Ausstattung eines Soldaten einer modernen Armee und die materielle Sicherstellung seiner Kampffähigkeit sechs Werkstücke in der Produktion tätig sein müssen. Ein derartiger Aufwand kann nur durch die gemeinsamen Anstrengungen der verbündeten sozialistischen Staaten gewährleistet werden. Deshalb ist die internationale Vertiefung des sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsbaus zugleich ein Problem unserer militärischen Überlegenheit.

Die Lösung der Aufgaben der Landesverteidigung wird also zunehmend verpoissenschaftet; d. h. immer mehr Bürger unseres Landes werden in mannigfaltiger Weise und verstärkt den Erfordernissen der Landesverteidigung gegenüberstehen und sie zu erfüllen haben. Deshalb ist es notwendig, bei allen Staatsbürgern und besonders bei der Jugend Denk- und Verhaltensweisen zu entwickeln und zu fördern, die diesen Erfordernissen Rechnung tragen.¹⁴⁾

Dafür gibt es gerade an unserer Universität ein breites Betätigungsfeld, gleich ob es dabei um das Studium der Fachwissenschaften oder um die Bewältigung spezieller militärpolitischer und militärischer Ausbildungsaufgaben geht.

Das Kräfteverhältnis ist so, daß die militärische Macht des Imperialismus zwar nicht ausreicht, um einen Krieg gegen den Sozialismus zu gewinnen, sie ist aber noch groß genug, um einen Krieg zu beginnen. Darum muß die militärische Überlegenheit der vereinten sozialistischen Staaten weiter gefestigt und ausgebaut werden.



1) Vgl. Erklärung der Beratung von Vertretern kommunistischer und Arbeiterpartei sozialistischer Länder (Moskau, 14.-16. November 1957, Berlin 1957, S. 13 und 14.
2) Lenin, W. I., Werke, Bd. 21, S. 74.
3) Lenin, W. I., Werke, Bd. 21, S. 233.
4) Vgl. Stoph, W., Bericht zur Dichtree des VIII. Parteitages der SED zum Fünftjahresplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1971 bis 1975, Berlin 1971, S. 11.
5) Honecker, E., Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED, Berlin 1971, S. 14.
6) Dokumente des VIII. Parteitages der SED, Berlin 1971, S. 31.
7) Hoffmann, H., Die NVA wird ihren Auftrag in Ehren erfüllen, Neues Deutschland vom 17. Juni 1971, S. 14.
8) Vgl. Honecker, E., a. a. O., S. 31.
9) Hoffmann, H., Sicherung des Friedens verlangt Stärkung der sozialistischen Militärmacht, Einheit 1961, S. 89, 1962 Heft 4, S. 302.
10) Information für die Truppe, Bonn 1962, Heft 1, S. 301.
11) Vgl. Hoffmann, H., a. a. O. S. 70.
12) Honecker, E., a. a. O. S. 24.
13) Dokumente des VIII. Parteitages, S. 41.
14) Honecker, E., a. a. O. S. 82.